

G. Entschuldigt fehlte

Kiesow, Stefan
Dr. Vogel, Ileana

Die Vorsitzende, Claudia Bertz, eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

1. Feststellung der form- und fristgerechten Ladung und der Beschlussfähigkeit

Keine Wortmeldungen.

2. Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende, Claudia Bertz, schlägt vor, den TOP 10 nach dem TOP 13 Haushaltsberatungen zu bearbeiten. Hierzu gibt es keine Einwände.

Um 18:04 Uhr treten Frau Hahn (SPD) und Herr Jackson (CDU) der Sitzung bei.

Beschluss

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig

3. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung

Keine Wortmeldungen.

Beschluss

Das Protokoll der letzten Sitzung wird genehmigt.

4. Bauleitplanung der Stadt Usingen

Ergänzungssatzung "Östlich der Hubertusstraße", Stadtteil Michelbach, Hubertusstraße 26 (Flur 6, Flurstücke 41 und 42)

Hier: Beschluss über die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen und Satzungsbeschluss

Frau Enslin (Bündnis 90/Die Grünen) möchte wissen, ob durch die Satzung zusätzliche Kosten anfallen. Herr Bürgermeister Wernard verweist auf den geschlossenen Vertrag mit der Eigentümerin.

Beschluss-Nr. XI/125-2023

I) Beschluss über die Behandlung der während des Beteiligungsverfahrens eingegangenen abwägungsrelevanten Stellungnahmen

(1) Die in der Anlage befindlichen Beschlussempfehlungen zu den im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 Halbsatz 2 BauGB sowie der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 Halbsatz 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen mit Hinweisen und Anregungen werden als Stellungnahmen der Stadt Usingen und somit als Abwägung i.S.d. § 1 Abs. 7 BauGB beschlossen.

II) Satzungsbeschluss und Beschluss über die ortsübliche Bekanntmachung

Die Ergänzungssatzung (Anlagen 1, 2 und 3) wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Die Ergänzungssatzung wird gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht

und in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig

5. Erweiterung der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Bürgerservice um den Aufgabenbereich „Einbürgerung“. Dazu wird die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung erweitert.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss-Nr. XI/117-2023

Es wird beschlossen, zum nächstmöglichen Zeitpunkt das Einbürgerungsverfahren der Stadt Usingen in den Bereich Bürgerservice der Stadt Neu-Anspach einzugliedern. Dazu wird die als Anlage 1 beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig

6. Beschluss über den vom Rechnungsprüfungsamt geprüften Jahresabschluss 2021 und Entlastung des Magistrats

Nach kurzer Diskussion regt Frau Enslin (Bündnis 90/Die Grünen) eine separate Abstimmung der Beschlüsse an. Dem wird zugestimmt.

Beschluss-Nr. XI/116-2023

Gemäß § 114 HGO wird der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss 2021 beschlossen und zugleich der Magistrat entlastet.

Über die im Bericht aufgeführten Beanstandungen wird wie folgt beschlossen:

Beanstandungen Nr. 1-4 Vergabeverfahren:

Die unterlassene (EU-weite) Ausschreibung der Unterhaltsreinigung wird nachgeholt. Vergabeverfahren werden zukünftig eingehalten. Entsprechende Dienstanweisungen sind zu erlassen.

Abstimmungsergebnis

Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss 2021 wird beschlossen.
7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen)

Der Magistrat wird entlastet.
Einstimmig

7. Bericht über den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.08.2023 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs

Frau Windhager (Verwaltung) erläutert kurz das Ergebnis des Budgetberichts.

Frau Enslin (Bündnis 90/Die Grünen) fragt, ob das Bericht auch früher erstellt werden kann, um noch vorzeitig steuern zu können. Herr Knull (Verwaltung) erläutert, dass eine Steuerung nach dem 01.07. generell nur noch schwierig sei, da die Hebesätze ab da nicht mehr rückwirkend angepasst werden können und auch die Steuerschätzungen, die zur Hochrechnung benötigt werden, erst anschließend bekannt werden.

Beschluss-Nr. XI/120-2023

Der Bericht über den Zeitraum 01.01.2023 bis 31.08.2023 gemäß § 28 Abs. I GemHVO über den Stand des Haushaltsvollzugs wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis

Wird zur Kenntnis genommen

8. Wassergebühren 2024

Keine Wortmeldungen.

Beschluss-Nr. XI/122-2023

Es wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Wassergebühren auf 3,44 €/brutto zu erhöhen sowie die anhängende 6. Änderungssatzung zu den Wassergebühren.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig

9. Abwassergebühren 2024

Keine Wortmeldungen

Beschluss-Nr. XI/123-2023

Es wird empfohlen wie folgt zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Abwassergebühren auf 2,20 €/m³ Schmutzwasser und 0,76 €/m² im Jahr versiegelte Fläche zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig

10. Hebesatzsatzung 2024

Dieser TOP wurde erst nach dem TOP 13 beraten, der Einfachheit halber bleibt die ursprüngliche Reihenfolge der TOPs im Protokoll dennoch bestehen.

Herr Müller (FDP) erläutert den Antrag 1 der FDP-Fraktion bezüglich der Grundsteuererhöhung. Anschließend wird über diesen Antrag abgestimmt.

Fraktion	Position	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis Ja-Nein-Enthaltungen
FDP		Streichung der geplanten Anhebung der Grundsteuer B von 415 % auf 605 Punkte	1 (FDP)-9-0

Beschluss-Nr. XI/124-2023

Es wird beschlossen, die Hebesätze und damit die Satzung über die Festsetzung der Steuersätze für Grund- und Gewerbesteuer wie folgt anzupassen:

Erhöhung der Grundsteuer B von derzeit 415 v.H. auf 605 v.H.

Die Hebesätze der Grundsteuer A sowie der Gewerbesteuer bleiben unangetastet.

Gemäß § 3 der Satzung in der Fassung vom 04.12.2023 gilt diese fortwährend, bis sie durch eine neue Satzung ersetzt wird.

Abstimmungsergebnis
9 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimmen (FDP), 0 Enthaltungen

11. Abfallgebühren 2024 & 2025

Keine Wortmeldungen

Beschluss-Nr. XI/118-2023

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die als Anlage beigefügte Abfallsatzung der Stadt Usingen über die Entsorgung von Abfällen der Stadt Usingen einschließlich der dort ersichtlichen Abfallgebühren für die Jahre 2024 und 2025.

Abstimmungsergebnis
Einstimmig

12. Satzungsänderung über die Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Usingen.

Herr Bürgermeister Wernard erläutert die Satzungsänderung sowie die Stellungnahmen der Elternbeiräte zum Haushalt. Herr Müller (SPD) möchte wissen, ob die neuen Gebühren den Eltern mitgeteilt werden und ob gleichzeitig ein Hinweis auf die Möglichkeit der Befreiung von den Kita-Gebühren weitergegeben werden kann. Herr Greve (Verwaltung) stimmt dem zu.

Beschluss-Nr. XI/128-2023

Die Satzung zur 8. Änderung der Satzung über die „Kostenbeiträge für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen der Stadt Usingen“ wird in der beigefügten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis
6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen, FWG)

13 Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplanentwurfs 2024

Zur Beginn der Beratung informiert Frau Claudia Bertz über die Vorgehensweise und bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung der Fragen zum Haushalt. Es wird direkt mit den Beratungen und Beschlussfassungen der Änderungsliste und der –anträge fortgefahren.

Die einzelnen Fraktionen stellen ihre Anträge, die allen Mitgliedern des Gremiums vorliegen, vor. Herr Bürgermeister Wernard bezieht aus Sicht der Verwaltung Stellung zu den einzelnen Anträgen.

Um 18:56 Uhr tritt Herr Müller (FDP) der Sitzung bei.

Anschließend werden die Anträge besprochen und darüber abgestimmt.

Fraktion	Position	Änderungsantrag	Abstimmungsergebnis Ja-Nein-Enthaltungen
Bündnis 90/Die Grünen	S. 113, Produkt 511-03	Schlossplatz (-50.000 €)- Bahnhofstraße + Kreisel (-1.000.000 €) Ori- entierungs- und Beschilderungskonzept (- 120.000 €)"	Gemeinsame Abstim- mung 3 (Bündnis 90/Die Grü- nen, FDP) – 7 - 0
Bündnis 90/Die Grünen	Inklusiv Fördergel- der	Überdachung Bushaltestellen Alter Markt- platz (+15.000 €)	
Bündnis 90/Die Grünen	Inklusiv Fördergel- der	Fußweg zum Hattsteinweiher, Trampelpfad Neuer Marktplatz 100m (+30.000 €)	
Bündnis 90/Die Grünen		Skateranlage (+50.000 €)	
Bündnis 90/Die Grünen	S.163, Produkt 11110	Leistungsentgelte (+12.000 €) Immobilienstrategie (+10.000 €)	Gemeinsame Abstim- mung 3 (Bündnis 90/Die Grü- nen, FDP) – 7 - 0
Bündnis 90/Die Grünen	S. 293, Produkt 36210	Jugendbeirat (+3.500 €)	

Bündnis 90/Die Grünen	Produkt 55501	Ökopunkte (-50.000 €) Klimarichtlinie – Klimakommunen Förderung kommunaler Klimaschutz (+18.000 €) Klimaanpassungsmaßnahmen: Entsiegelung, Fassaden- und Dachbegrünung, Trinkbrunnen (+20.000 €)	
Bündnis 90/Die Grünen	S. 472, Produkt 573020	Leistungsentgelte Bürgerhäuser, Standgelder (+7.000 €) Sach- und Dienstleistungen Weihnachtsmarkt, Familienfest + Laurentiuskerb (-55.000 €)	
CDU/SPD	S. 408, Produkt 54101	<p>Maßnahmen zur Verbesserung der Nahmobilität</p> <p>Die Verwaltung wird gebeten folgende Maßnahmen aus dem Nahmobilitätskonzept auf ihre Realisierbarkeit zu prüfen und wenn möglich umzusetzen.</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Errichtung von Querungshilfen in Verbindung mit HessenMobil prüfen: <ol style="list-style-type: none"> a) An den Eschbacher Klippen (Maßnahme 230) b) Am Abzweig B275/Abzweig Wernborn (Maßnahmen 2/3) c) in der Frankfurter Straße/Bereich Seemühle Querungsstellen geschaffen werden können. (Maßnahmen 18,64) 2. Errichtung von Sitzbänken in Usingen gemäß Standortvorschlägen vom Ortsbeirat Usingen <ol style="list-style-type: none"> a) auf der oberen Zitzergasse unter dem Baum neben einem Blumenpflanzkasten b) an der Ecke Wirthstraße/Hattsteiner Allee gegenüber der kath. St. Laurentiuskirche c) an der Ecke Fritz-Bornstraße/Hattsteiner Allee gegenüber dem alten Krankenhaus 3. Prüfen, ob die Fußwegverbindung Neutorstraße/Festplatz verbreitert oder verbessert werden kann, Anbringung eines Spiegels im Knickpunkt 4. Errichtung von überdachten Bushaltestellen bei stark frequentierten Haltestellen (z.B. Alter Marktplatz, Am Riedborn, Bahnhofstraße, Altes Amtsgericht) <p>Erhöhung der Mittel um 30.000 Euro, zusätzlich zu den zu beantragenden Fördermitteln. Refinanzierung über Rücklagen (Erhöhung des Defizits), Anpassung der Haushaltssatzung sowie Übertragung Mittelansatz aus 2023</p>	Einstimmig

CDU/SPD	S. 506, Produkt 57346	Erläuterung ergänzen zu Gliederung 13 um die folgende Formulierung: Brandschutz in Wernborn BGH ergänzen um Behinderten-WC	Redaktioneller Änderung wird zugestimmt (keine Abstimmung)
FDP	S. 300, Produkt 424-09	Überprüfung des Haushaltsansatzes für die geplante Sanierung 1.000.000,00 €. Begründung: Es wird keine Notwendigkeit für einen Umgestaltung in einen Kunstrasenplatz gesehen. Die Beibehaltung und Erneuerung als Naturrasenplatz wird als zweckdienlich bewertet. Bewertung: Reduzierung der Investitionssumme auf 400.000 €. Einsparungspotential 200.000,00 €. Aktiver Beitrag zur HH-Entlastung.	Gemeinsame Abstimmung 1 (FDP) – 7 – 2 (Bündnis 90/Die Grünen)
FDP	Seite 106, Produkt 111-07	Überprüfung des Haushaltsansatzes für einen neuen ferngesteuerter Hangmäher für 55.000 € Reduzierung der Investitionssumme auf 30.000 €. Einsparungspotential 25.000,00 €. Begründung: Ermittlung kostengünstigeres Angebot.	
FDP	Seite 106, Produkt 111-27	Überprüfung des Haushaltsansatzes für neuen Fahrzeuge Bauhof für 320.500 € Reduzierung der Investitionssumme auf 250.000 €. Einsparungspotential 70.500 €. Begründung: Ermittlung kostengünstigeres Angebot.	
FDP	Seite 114 - Produkt 541-20	Überprüfung des Haushaltsansatzes für die geplante Erneuerung 25.000 €. Begründung: Die Stadt Usingen hat in den letzten Jahren auf breiter Front für viel Geld – über 1/2 Mio. € – die alten energieintensiven Straßenbeleuchtungen gegen modere energieeffiziente LED Leuchtkörper ausgetauscht. Die Sachkosten für die Straßenbeleuchtung steigen vom HH Ansatz 2023 im Ansatz für 2024 trotzdem um 25.000 €. Dies entspricht ca. 12 %. Reduzierung der Investitionssumme auf 15.000 €. Einsparungspotential 10.000,00 €. Bewertung: Aktiver Beitrag zur HH-Entlastung.	
FDP	Seite 113, Produkt 511-03 Sanierung Bahnhof- straße	Überprüfung und Korrektur des Haushaltsansatzes für die Sanierung und Umbau der Bahnhofstraße für 2,5 Mio. €. (HH 2024). Begründung: Zu den wichtigen Grundsätzen einer soliden und generationengerechten kommunalen Haushaltführung gehören „Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit“. Vor den Hintergrund der explodierenden Kosten in vielen Leistungsbereichen und umfangreichen geplanten Investitionen der Stadt Usingen in den kommen 3-5 Jahren schlagen wir eine grundsätzliche Neubewertung und Überarbeitung des Projektes vor.	

		<p>Ziel ist die Ermittlung von Einsparungspotentialen mittels eines optimierten Leistungsplanes zu ermitteln. Konkret regen wir an, den geplanten neuen Kreisel vollständig zu streichen. Einsparungspotential 1,3 Mio € (Plankosten des Kreisel aus 2022). Bewertung: Haushaltsbezogene Anpassung und Festschreibung der Ausgaben für diese Projekte.</p>	
FDP	Seite 113, Produkt 511-03	<p>Überprüfung des Haushaltsansatzes für die Sanierung der Schlossgarten-Mauer für 700.000 €. Zu Prüfen ist, ob die Maßnahme budgettechnisch nicht auf 2 Jahre zu verteilen ist. Begründung: Vor den Hintergrund der explodierenden Kosten in vielen Leistungsbe- reichen und geplanten Investitionen der Stadt Usingen in den kommen 3-5 Jahren schlagen wir eine Überarbeitung des Projektes vor. Zu Prüfen ist warum, die Kosten aktuell auf 700 Tsd. € gestiegen sind. Im HH Ansatz für 2023 war das Projekt noch mit 450 Tsd. budgetiert. Eine Kostensteigerung um + 55 % innerhalb eines Jahres erscheint alleine durch gestiegen Kosten am Bau nicht plausibel. Zielvorgabe der zu ermittelnden Einsparungen 50.000 €. Bewertung: Haushaltsbezogene Anpassung und Reduktion der Ausgaben für dieses Projektes.</p>	
FDP	S. 397, Produkt 573020	<p>Überprüfung des Haushaltsansatzes gem. Übersicht Seite 398 für die städtisch unterstützten Veranstaltung. Begründung: Veranstaltungen gehören nicht zu den existenziellen Aufgaben der Stadt. Von 2022 bis 2024 haben sich die Ausgaben um 80.000 € erhöht. Dies entspricht einer Steigerung von ca. 60%. In Zeiten knapper werdender Mittel ist dies in einem solchen Umfang nicht zu vertreten. Wir schlagen vor dieses Produktbündel um den Betrag vom 30.000 € zu reduzieren. Bewertung: Aktiver Beitrag zur HH-Entlastung.</p>	Gemeinsame Abstimmung 1 (FDP) – 7 – 2 (Bündnis 90/Die Grünen)
FDP	Seite 430, Produktbereich 15	<p>Zur Unterstützung dieser Aufgabe schlagen wir die Ergänzung eines HH-Titels für den „Produktbereich 15 Wirtschaft und Tourismus“ in Höhe von 15.000,00 € vor. Begründung: Seit Herbst 2022 Arbeitsgruppe Tourismus zur Entwicklung der touristischen Potentiale von Usingen aktiv. Ziel der Arbeitsgruppe ist es mit relevanten Experten / Gruppen ein pragmatisches ganzheitliches Organisations- und Maßnahmenprogramm für Usingen zu entwickeln. Im abgelaufenen Jahr hat sich die Gruppe mit</p>	

		<p>der Analyse potentieller und sinnvollen touristischen Felder beschäftigt. Hierzu wurden Gespräche mit Experten geführt. Erste konkrete Maßnahmen, wie Informationsveranstaltungen auf Schloß Kransberg sowie die Wiederbelebung der Stadtführungen wurden realisiert.</p> <p>Bewertung: Finanzierung durch vorgeschlagene Einsparpositionen</p>	
FDP	Seite 405 - Produkt 57342	<p>Überprüfung des Haushaltsansatzes für die Sanierung der Heizungsanlage im Bürgerhaus Eschbach für 430.000 €. Zu Prüfen ist, ob die Maßnahme budgettechnisch nicht auf 2 Jahre zu verteilen ist.</p> <p>Begründung: Für die Sanierung der Heizungsanlage des Bürgerhauses Eschbach waren für den <u>HH 2023</u> 240.000 € angesetzt. Nun stehen im <u>HH 2024</u> hierfür 430.000 €. Eine Verteilung der Kosten/Maßnahmen auf zwei Perioden würden budgettechnisch eine HH-Entlastung von 3215.000 € entsprechen.</p> <p>Bewertung: Haushaltsbezogene Anpassung und Reduktion der Ausgaben für dieses Projektes.</p>	
FDP	Seite 162 - Produkt 11110	<p>Überprüfung des Haushaltsansatzes für die Sanierung des Goldschmidthauses für 600.000 €. Zu Prüfen ist, ob die Maßnahme budgettechnisch nicht auf 2 Jahre zu verteilen ist.</p> <p>Begründung: Für die Sanierung des Goldschmidthauses“ sind 600.000 € eingeplant. Um welche Sanierungsmaßnahmen handelt es sich dabei? Sind diese zum derzeitigen Zeitpunkt aus baulicher Sicht dringend erforderlich? Eine Verteilung der Kosten/Maßnahmen auf zwei Perioden würden budgettechnisch eine HH-Entlastung von 300.000 € entsprechen. Damit wären bereits 60% der möglichen zusätzlichen jährlichen Einnahmen durch die Erhöhung der Grundsteuer B kompensiert. Kann Zielvorgabe der zu ermittelnden Einsparungen 50.000 €.</p> <p>Bewertung: Haushaltsbezogene Anpassung und Reduktion der Ausgaben für dieses Projektes.</p>	
FDP	Seite 360, Produktbereich 13	<p>Die Organisation, die Erhaltung und die Entwicklung des heimischen Streuobstwiesenbestandes ist eine generationenverpflichtende Aufgabe. Zahlreiche zumeist private Initiativen zeigen, hier bereits das große Bewusstsein sowie die hohe Bedeutung dieses Themenfeldes. Um das Thema auf eine breitere konzeptionelle Plattform zu stellen, bedarf es neben eines sachbezogenen Maßnahmenprogrammes eines</p>	

		orientierungsgebenden Rahmenkonzeptes. Zur Unterstützung dieser Aufgabe schlagen wir die Ergänzung eines HH-Titels für den Produktbereich „Natur- und Landschaftspflege“ in Höhe von 10.000,00 € vor. Finanzierung durch vorgeschlagene Einsparpositionen.	
FDP	Seite 380, Produkt 55501	Die heißen Sommer der letzten Jahre haben auch bei uns das Waldbrand-Risiko erhöht. Um das Risiko der Auswirkungen auftretender Brände zu minimieren, werden in der Fachwelt seit einiger Zeit unterschiedliche Ansätze diskutiert. Besonders in Bezug auf den Umgang mit dem sog. „Todholz“ gibt es sehr unterschiedliche Positionen. Vor diesem Hintergrund regen wir die Überprüfung der Lage im Usinger Stadtwald sowie die Entwicklung eines Aktionsprogramms für „Gefahrenabwehrmaßnahmen“ durch Waldbrände an. Hierfür schlagen wir die Ergänzung eines HH-Titels für die „Bewirtschaftung des Stadtwaldes“ in Höhe von 25.000,00 € vor. Finanzierung durch vorgeschlagene Einsparpositionen.	
FDP	103 Personalkosten	Überprüfung und Definition von Maßnahmen zur Korrektur des Haushaltsansatzes bzgl. der geplanten Gesamtpersonalkosten ab 2024 mit dem Ziel der Reduktion der Personalkosten. Begründung: Im Zeitraum 2021 bis 2024 steigen die Personalkosten von 8,9 Mio. € auf geplante 11,2 Mio. € in 2024. Das ist eine Steigerung von gut 30% . Die Erträge steigen in diesem Zeitraum 45,3 auf 46,8 € Mio. €. Das sind + 3% . D. h. dass die Personalkosten um das 10fache der Ertragssteigerung angestiegen sind. Dies ist wirtschaftlich mehr als fragwürdig. Eine sachbezogene Überprüfung und Bewertung der Personalstrukturen und Tätigkeiten der Verwaltung sollte im Ergebnis zu Einsparungspotentialen führen. Bewertung: Aktiver Beitrag zur mittelfristigen HH-Entlastung	

Anschließend erläutert Herr Bürgermeister Wernard die Ortsbeiratsliste und das weitere Vorgehen. Daraufhin erläutert Herr Jackson (CDU) den gemeinsamen Antrag 2 der CDU und SPD, die die Ortsbeiratsliste betreffen:

Antrag Ortsbeirat Wernborn – Zustimmung zum Bolzplatz
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Antrag Ortsbeirat Wilhelmsdorf – Zustimmung zum Antrag zur Ersatzbeschaffung von 4 Sitzbänken
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Anschließend wird über die gesamte Ortsbeiratsliste abgestimmt.
Abstimmungsergebnis: Einstimmig

Beschluss

Beschluss des Investitionsprogramms:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung *das Investitionsprogramm 2023 – 2026 gem. § 101 Abs. 3 HGO* inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP), 0 Enthaltungen

Beschluss der Haushaltssatzung:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung *die Haushaltssatzung 2024 gem. § 97 Abs. 2,3 HGO i.V.m. § 1 Abs. 1 GemHVO inklusive des Ergebnishaushaltes, des Finanzhaushaltes, der Teilhaushalte und den Stellenplan* inklusive der sich ergebenden Änderungen durch die Anträge der Fraktionen und die Änderungsliste der Verwaltung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis

7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, FDP), 0 Enthaltungen

14 Mitteilungen

Herr Bürgermeister Wernard berichtet von den Planungen am Volkstrauertag mit Treffpunkt um 12:15 Uhr an der Trauerhalle auf dem Friedhof Usingen.

Außerdem berichtet er weiter über den bevorstehenden Abbruch des Gebäudes Hattsteiner Allee 10, für welches mittlerweile eine Nutzungsuntersagung ausgesprochen wurde.

Weiterhin teilt Herr Bürgermeister Wernard mit, dass der Hochtaunuskreis noch 1.000 Flüchtlinge bis Ende 2023 aufnehmen wird, die auf die Städte und Gemeinden aufgeteilt werden müssen. Es wird um Mithilfe bei der Wohnungssuche gebeten.

15 Verschiedenes

Frau Wagner (Ausländerbeirat) möchte wissen, wie viele Einbürgerungen im Jahr stattfinden.

Herr Bürgermeister Wernard erklärt, dass es anfangs 5-10 im Jahr waren, Frau Kunz (Verwaltung) führt weiter aus, dass sich die Zahl mittlerweile verdreifacht hat und nochmal deutlich steigen wird, weshalb die Einbürgerung nach Neu-Anspach ins Standesamt ausgesiedelt wird.

Usingen, 17.11.2023

Claudia Bertz
Vorsitzende

Kim Windhager
Schriftführerin